

18/9.13

Der Grundstein

Offizielles Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal 1,200 (ohne Postgeb.), bei Zustellung unter Kreuzband 1,240

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Berichts-Eingelagen werden mit 30 Pf. für die dreigespaltene Zeile oder deren Raum berechnet.

Baufähigkeit und Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter.

Im den Hauptabsichten unserer Arbeiterschaft ist es, die Bauarbeiter zu unterstützen, doch das Hauptziel der Arbeiterschaft ist durch die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter zu sein. Die Bauarbeiter sind in der Lage, die Bauarbeiten zu erledigen, doch die Bauarbeiten sind nicht genügend. Die Bauarbeiter sind in der Lage, die Bauarbeiten zu erledigen, doch die Bauarbeiten sind nicht genügend. Die Bauarbeiter sind in der Lage, die Bauarbeiten zu erledigen, doch die Bauarbeiten sind nicht genügend.

Die Bauarbeiter sind in der Lage, die Bauarbeiten zu erledigen, doch die Bauarbeiten sind nicht genügend. Die Bauarbeiter sind in der Lage, die Bauarbeiten zu erledigen, doch die Bauarbeiten sind nicht genügend. Die Bauarbeiter sind in der Lage, die Bauarbeiten zu erledigen, doch die Bauarbeiten sind nicht genügend. Die Bauarbeiter sind in der Lage, die Bauarbeiten zu erledigen, doch die Bauarbeiten sind nicht genügend.

Die herrschende Geldknappheit und Geldverknappung hat aber nicht nur dazu geführt, daß in sehr vielen Teilen die Bauarbeiten, insbesondere die Bauarbeiten in der Bauwirtschaft, nicht genügend erledigt werden können. Die Bauarbeiter sind in der Lage, die Bauarbeiten zu erledigen, doch die Bauarbeiten sind nicht genügend.

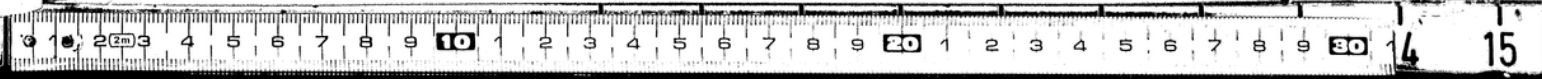
Die Bauarbeiter sind in der Lage, die Bauarbeiten zu erledigen, doch die Bauarbeiten sind nicht genügend. Die Bauarbeiter sind in der Lage, die Bauarbeiten zu erledigen, doch die Bauarbeiten sind nicht genügend. Die Bauarbeiter sind in der Lage, die Bauarbeiten zu erledigen, doch die Bauarbeiten sind nicht genügend. Die Bauarbeiter sind in der Lage, die Bauarbeiten zu erledigen, doch die Bauarbeiten sind nicht genügend.

Eine Komödie des Mitteldeutschen Arbeiterverbandes für das Baugewerbe.

Die Komödie des Mitteldeutschen Arbeiterverbandes für das Baugewerbe ist eine Komödie, die die Bauarbeiter in der Lage, die Bauarbeiten zu erledigen, doch die Bauarbeiten sind nicht genügend. Die Bauarbeiter sind in der Lage, die Bauarbeiten zu erledigen, doch die Bauarbeiten sind nicht genügend. Die Bauarbeiter sind in der Lage, die Bauarbeiten zu erledigen, doch die Bauarbeiten sind nicht genügend.

Die Bauarbeiter sind in der Lage, die Bauarbeiten zu erledigen, doch die Bauarbeiten sind nicht genügend. Die Bauarbeiter sind in der Lage, die Bauarbeiten zu erledigen, doch die Bauarbeiten sind nicht genügend. Die Bauarbeiter sind in der Lage, die Bauarbeiten zu erledigen, doch die Bauarbeiten sind nicht genügend. Die Bauarbeiter sind in der Lage, die Bauarbeiten zu erledigen, doch die Bauarbeiten sind nicht genügend.

Vertical text on the left margin, likely from an adjacent page or a list of contents.



In dem ehemaligen Garten und Garten ein Baum...
15. Juli 1910. Der in Dresden von dem Verordnungs...

Die Tarifverträge im Bezirk des Mittelständlichen...
15. Juli auch so weit geordnet, daß am 21. Juli das...

In Samstags Abend der Arbeitsratstag am 5. März...
die Verhandlung der Stunde von 5 bis 6 Uhr bei dem...

Man mußte sich damals über die Commune äußern...
und er nicht erst zum Tarifabschluß gedrängt werden...

Zufolgend überboten wir 15 Exemplare eines 100...
die Verjährung festgesetzten Tarifvertrages, und es...

Der Abschluß von Tarifverträgen ist nicht nur...
müssen bezüglich Regelung der Arbeitszeiten an Wochentagen...

Sollte die heutige Organisation gleichfalls zum...
des Vertrages in vorstehender Form bereit sein, so...

Wir werden uns diesem erlauben, hinsichtlich in...
kommenden Organisationen zur Weiterentwicklung der...

Die vorstehenden Exemplare für Café und Mannheim...
sind begehrt. Gedruckt von...

Das Schreiben folgt demnach, was Richter wollte...
Entweder für Arbeiterorganisationen erkennt den Tarif...

Stucco.

Von Fred Hoob, Usterlitzenburg.

Stucco. Der Stucco, der heute fast allgemein auch zur...
Wandung von Hochschloßgebäuden an Orten, in denen...

Stucco wird bei Stucco in einem Stucco...
aus freier Hand gebildet. Stucco an Wänden und...

Die Schlichte eines Stuccos kann nur durch...
Wasserdampfabfuhr erreicht werden. Jede Stucco...

Zarferstein. Er warf dem Kaiser des Deutschen...
Reichs dem Kaiser und macht ihn so fertig,...

Stuch in diesem Jahre sind wieder eine Anzahl...
Königste des Deutschen Reichs, so daß nach dem...

Zu dem dem Arbeiter nicht mehr, der auch...
auch ein höheres Entwicklungsstadium als die...

Zu dem dem Arbeiter nicht mehr, der auch...
auch ein höheres Entwicklungsstadium als die...

Die dieser Gesellschaft ist der Mittelständliche...
Verband und durch den und seit nun keine...

Dem Mittelständlichen Arbeitgeberverband...
oben stehende Gesellschaft.

Die Verhandlung den Anwendung der Einleitung zur...
des Arbeitgeberverbandes am 15. Juli mit der...

Übersicht 4 des Arbeitgeberverbandes vom 1. Juli...
die weiteren ersten Jahrgänge über die noch zu...

Reigenen Schritte des neuen Arbeitgeber...
eine Einigung zwischen dem Mittelständlichen...

Einigen Augenblicke über diese Schritte und die...
die Arbeitgeberverbandes sind die Schritte...

Die Schritte sind die Schritte in Bezug auf...
auch und können eine Rolle spielen.

Es ist uns gelungen, einen nach der Einleitung...
die Einleitung und die Einleitung...

Es ist uns gelungen, einen nach der Einleitung...
die Einleitung und die Einleitung...

Die in dem 1. Teil des ersten Kapitels...
des ersten Kapitels des ersten Kapitels...

Die in dem 1. Teil des ersten Kapitels...
des ersten Kapitels des ersten Kapitels...

Die in dem 1. Teil des ersten Kapitels...
des ersten Kapitels des ersten Kapitels...

Die in dem 1. Teil des ersten Kapitels...
des ersten Kapitels des ersten Kapitels...

Die in dem 1. Teil des ersten Kapitels...
des ersten Kapitels des ersten Kapitels...

Die in dem 1. Teil des ersten Kapitels...
des ersten Kapitels des ersten Kapitels...

Die in dem 1. Teil des ersten Kapitels...
des ersten Kapitels des ersten Kapitels...

Die in dem 1. Teil des ersten Kapitels...
des ersten Kapitels des ersten Kapitels...

nur nicht über die Form der Vertragsschließung eine Einigung erzielt wurde. Die Entscheidung der zweiten Instanz vom 7. Juli lehnt der „Mitteldeutsche“ entschieden ab. Den Vertrag, sagt Herr Lüscher, den wollen wir nicht.

Damit ist die Vertragsschließung wieder einmal auf dem toten Punkt angekommen und die Erledigung scheint noch länger zu dauern als im Jahre 1910. Das ist ein Zustand, der einfach ungeheuerlich ist, wenn man bedenkt, daß sich die Verschleppung unter Führung des Bundesvorstandsmitgliedes Lüscher vollzieht. Die Sache ist aber jetzt noch viel schwieriger als im Jahre 1910, weil der „Mitteldeutsche“ mit seiner Zustimmung in eine Sachlage hineingeraten ist. Vorwärts kann er nicht; denn keine Instanz kann seiner Auffassung beitreten, auch das Hauptamt nicht. Darüber sind Lüscher und seine Vorstandsmitglieder sich auch einig. Sie wollen gar keinen Appell an das Hauptamt stellen, weil sie wissen, daß sie dort nur die Aufforderung beständen, den Vertrag nach den Entscheidungen der zweiten Instanz abzuschließen. Damit würde für sie die Verschleppung bedeutend schwieriger. Der Mitteldeutsche legt deshalb lieber den ganzen Tarifapparat lahm. Er ignoriert die Entscheidungen der zweiten Instanz, lehnt die Vertragsschließung ab und bittet seinen Ortsverbänden, gleichfalls nichts zum Abschluß der Verträge zu tun. Die nachfolgenden Schreiben, denen wir noch ein weiteres Zitiertes beifügen könnten, beweisen es.

Mainz, den 2. September 1913.

An den Deutschen Bauarbeiterverband, Zweigverein Mainz, zu Händen des Herrn Jakob Loh, Mainz.

In höchster Erwidrerung Ihres Schreibens vom 1. d. M. teilen wir Ihnen hierdurch mit, daß die Verhandlungen über die örtlichen Zustände zum Tarifvertrag erst nach Abschluß des Beschlusses stattfinden können. Sobald uns der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband von der Unterzeichnung des Tarifvertrages Kenntnis gibt, werden wir einen Termin zur Regelung der örtlichen Zustände mit Ihnen vereinbaren.

Hochachtungsvoll
Verband baugewerblicher Unternehmer in Mainz,
Philipp Wretsch.

Siegen, den 1. September 1913.

An den Deutschen Bauarbeiterverband, Siegen.

Nach Mitteilung des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe vom 29. August sind die Verhandlungen betreffs Abschluß der Tarifverträge noch nicht beendet. Jedoch werden wir es vorziehen, nicht für sich verbindlich mit Ihnen über örtliche Bestimmungen zu verhandeln.

Hochachtungsvoll
Für den Verband baugewerblicher Unternehmer
für Siegen und Umgegend: Gg. Weder.

Aber noch interessanter ist folgendes Schreiben vom 6. September, wo Lüscher als Vorsitzender seines Frankfurter Ortsvereins selbst in die Mäher greift, um die Verhandlungen zum Stillstand zu bringen:

Frankfurt, den 6. September 1913.

An den Deutschen Bauarbeiterverband,
Zweigverein Frankfurt a. M., hier.

Den Antrag auf Verhandlung zur Festlegung der örtlichen Zustände haben wir erhalten. Unser Verband ist zu dieser Verhandlung bereit, sobald ihm vom Mitteldeutschen Arbeitgeberverband mitgeteilt wird, daß der neue Tarifvertrag abgeschlossen ist und die Verhandlungen stattfinden können.

Verhandlungen vor Abschluß des neuen Tarifvertrages sind unmöglich, weil bis zu diesem Zeitpunkt keine Bestimmungen über örtliche Zustände existieren.

Hochachtungsvoll
Verband baugewerblicher Unternehmer, e. B.,
Frankfurt a. Mainz. K. Lüscher.

Dieses Schreiben charakterisiert vollkommen den Stand der Verhandlungen. Lüscher selbst lehnt es ab, Zwangsmaßnahmen der zweiten Instanz anzuerkennen; aber als Vorsitzender des Frankfurter Baugewerkevereins stellt er Verhandlungen in Aussicht, wenn der Lüscher vom Bauwerkerverein den Lüscher vom Mitteldeutschen unterwirft. Man will wirklich glauben über die Verhandlungsbereitschaft dieses Mannes. In jeder Zeile haben wir es mit einem anderen Lüscher zu tun, der an den Tarifverträgen wie ein Eisenbart herumkurzelt. Der Bundesvorstand Lüscher handelt anders als der Ortsleiter Lüscher, und der Vorsitzende Lüscher vom Mitteldeutschen ist wieder mit dem Baugewerkeverein Lüscher im Streit. Das sind gewiss recht erhebliche Meinungen, die uns Lüscher als Verhandlungsfähiger vorstellt. Aber den Bauarbeitern kann er nicht imponieren. Sein ganzes Treiben ist nichts als eine empörende Komödie, die jede aufrichtige Tarifarbeit unmöglich macht. Wer den Vorstand des Mitteldeutschen kennt, weiß nun, wohin die Reise geht. Man wird vielleicht noch

einige Male zusammenkommen, um die Schwierigkeiten zu überwinden; aber damit wird der jetzige Zustand nicht gebessert. Es wird wie im Jahre 1910 unzählige Konflikte geben, wenn nicht schließlich ein allgemeiner Streik das Ende vom Liede ist. Die Arbeiterorganisationen müssen über diesen Berg hinaufkommen, mag es biegen oder brechen. Dem besorglichen Eigennut kann man mit gutem Zureden nicht imponieren; je entschlossener die beteiligten Arbeiterorganisationen für ihr Recht eintreten, desto besser für sie. Im Jahre 1910 haben wir alles getan, um die Schwierigkeiten wegzuräumen, aber genügt hat es nichts; hochschabend wagt der Arbeitgeberbund neue Schwierigkeiten heran, sobald sich Gelegenheit dazu bietet. In den Arbeiterorganisationen bestehen daher gar keine Meinungsverschiedenheiten, daß das durch die Entscheidungen der Tarifinstanzen geschaffene Tarifrecht mit der größten Entschiedenheit verteidigt werden muß, wenn es sein muß, um den letzten Buchstaben gekämpft werden muß. Sie werden diesen Kampf um so leichter führen können, weil sie wissen, daß dem Mitteldeutschen kein Schutz zuteil werden kann, daß ihm das Recht fehlt.

Die Vertreter der Arbeiterorganisationen waren bisher immer bereit, die Schwierigkeiten, die sich aus dem Vertragsverhältnis ergaben, überwinden zu helfen. Aber dies ist nur möglich, wenn beide Parteien vollständig auf dem Boden der Verträge stehen. Was der Mitteldeutsche Arbeitgeberbund treibt, ist nicht eine Politik der Verschönerung und des Ausgleichs, sondern eine Tarifpolitik der Macht und der Gewalt. Das neu geschaffene Tarifrecht wird einfach brutal umgestürzt und versucht, den Arbeiterorganisationen ein anderes Recht zu diktieren. Eine solche Gewaltpolitik läßt sich nur durch Gewalt überwinden. Nur der Kampf kann, wenn es so weiter geht, die Lösung bringen und den Weg für die Entwicklung frei machen — trotz Lüscher!

Zum Schluß die Frage: was sagt der Vorstand des Arbeitgeberbundes und schließlich der ganze Bund zu der Tätigkeit des Herrn Lüscher? Will er sich diese Quertreibereien gefallen lassen?

Unser Jahrbuch 1912.

Dieses Jahrbuch ist um einige Seiten stärker als sein Vorgänger, da es zum ersten Male auch die Jahresabrechnungen der Zweigvereine enthält. Jeden, der über die Entwicklung eines Zweigvereins etwas wissen will, sind die betreffenden Angaben im Jahrbuch viel bequemer zur Hand als im „Grundstein“. Unser dieses Jahres bringt das Jahrbuch noch die Ergebnisse der Personalstatistik, die im Anfang 1911 aufgenommen worden ist.

Unter „Allgemeines“ erinnert das Jahrbuch zunächst an den Tod unseres Kollegen Wilmelburg. Obgleich die Organisationsentwicklung allgemein gut war, war sie doch durchaus nicht gleichmäßig und einheitlich. Die Lage des Baumarcktes war in einigen Gebieten unerschwinglich. Die Hauptursache dazu ist in dem Mangel an Baugeld zu suchen. Bei der guten Geschäftslage der Industrie zieht diese das meiste vorhandene Kapital an sich. Die Geldwirtschaft des Verbandes ist dagegen sehr zufriedenstellend gewesen. Am Jahresschlusse hatte die Hauptkasse einen Vermögensbestand von M. 12809 431,52. Davon entfallen auf den Uebererschuß des Jahres 1912 M. 4299 733,32. Die Lohnbewegungen waren umfangreicher und lebhafter als 1911. Hauptächlich die kleinen Gruppen waren daran beteiligt. Der Beginn des Jahres brachte den Anschluß des Sanktelerverbandes, der sich ohne größere Schwierigkeiten vollzog. Die letzten Monate des Jahres waren mit den Vorbereitungen zum Verbandstage, der Anfang Januar 1913 in Jena stattfand, ausgefüllt.

Zu den besonderen Abschnitten übergehend, bespricht das Jahrbuch dann „Die Wirtschaftslage im Jahre 1912“. Es wird darauf hingewiesen, daß ohne die politischen Störungen des italienisch-türkischen und des Balkan-Krieges das Jahr 1912 ein Jahr geschäftlicher Hochkonjunktur gewesen wäre. Der Handel stand im Herbst 1911 vor einem überaus herrlichen Zusammenstürzen günstiger Voraussetzungen. Die Seeschifffahrt konnte nicht Schiffernraum genug besorgen, so daß die Frachten beendend stiegen. Alle Industriezweige hatten bereits 1911 eine bedeutende Steigerung ihrer Ein- und Ausfuhrziffern. Weiter wird auf die Steigerung des Güterverkehrs auf den deutschen Eisenbahnen und die Entwicklung der Montanindustrie hingewiesen. Die Kohlen- und Eisenerzabwände des letzten Jahres sind zahlenmäßig dargestellt. Ebenso das Ergebnis der deutschen Getreideernte von 1906 bis 1912. Die Steigerung der Preise für die Lebenshaltung notwendigen Gebrauchsgüter wird an den Indexziffern

dargestellt. Diese Preissteigerung bewirkte wieder bei weiten Schichten der Bevölkerung ein Sinken der Kaufkraft und wurde damit ein Hemmnis für wichtige Industrien. Die Kriegsbeschränkungen lähmten in der zweiten Jahreshälfte die Unternehmungslust. Die Börsen hatten stürmische Tage. Sogar der Reichsanleger mußte durch ein Telegramm an den Königsberger Oberpräsidenten zur Beschwichtigung der Sparkassentenden beitragen. Im Monat November hatten 238 Sparkassen 34 Millionen Mark mehr Rückzahlungen als Einzahlungen und im Monat Dezember überstiegen die Rückzahlungen die Einzahlungen um 15 1/2 Millionen Mark. Die allgemeine Unsicherheit auf dem internationalen Geldmarkt in Verbindung mit dem hohen Diskontsatz der Banken machte es außerordentlich schwer, Baugeld zu beschaffen. Mit knapper Not konnte man vierprozentige Reichs- und Staatsanleihen unterbringen. Das unter diesen Umständen auch der Arbeitsmarkt leiden mußte, ist klar. Das Jahrbuch bringt denn auch an dem Ergebnis unserer Arbeitslosenabfragen die Belege für die fortwährende Verschlechterung.

Die folgenden Seiten des Jahrbuches berichten über die Bautätigkeit. Während die Bautätigkeit in den vier nordöstlichen Provinzen Preußens und in den Bezirken Leipzig und Stuttgart gut war, war sie in den Bezirken Breslau, Hannover, Ost- und Westpreußen mittelmäßig. Dagegen blieb sie in den Bezirken Magdeburg, Erfurt, Frankfurt a. M., Dortmund, Bremen, Hamburg, Nürnberg, München, Karlsruhe und Straßburg weit hinter den Erwartungen zurück. Der Bezirk Köln hatte in der ersten Hälfte des Jahres eine gute Bautätigkeit, die aber gegen das Ende des Jahres immer mehr absank. Über eine wirklich schlechte Konjunktur berichtete nur der Bezirk Berlin. Die schlechte Lage des Baumarcktes in der Reichshauptstadt übte infolgedessen auf die Provinz einen bedeutenden Einfluß aus, als die vielen Bauarbeiten, die sonst nach Berlin zur Arbeit gehen, nun zu Hause blieben und dort auf den Arbeitsmarkt drückten, so daß in den Provinzstädten auch bei sonst guter Bautätigkeit ein Ueberangebot von Arbeitskräften bestand.

In dem Abschnitt über die „Agitation“ wird besonders auf die Versuche hingewiesen, die große Masse der Tiefbauarbeiter für die Organisation zu gewinnen. In den meisten Fällen haben diese Versuche noch nicht zu einem befriedigenden Erfolg geführt, deshalb müssen sie recht nachdrücklich wiederholt werden. Im übrigen hat sich in der Art unserer Agitation manches geändert. Die sogenannte „fliegende“ Agitation muß eine größere Anzahl von Wanderrednern ist abgestellt worden durch die ständige Agitation der Zweigvereine und Bezirksausschüsse. Die letzteren veranstalteten dann nach Bedarf in den Bezirken Agitationsversammlungen. Der Erfolg der Agitation war, wie immer, von der Arbeitslosigkeit abhängig. Der Bezirk Dresden zeigt an einem Beispiel, an was für Kleinigkeiten manchmal die Agitation scheitert. In einem Ort war es gelungen, mehrere ausländische Erdbauarbeiter für die Organisation zu gewinnen. Die Leute wohnten in einer Baracke. Dem „Grundstein“-verkäufer war gesagt worden, wie er sich verhalten müsse, um neue Mitglieder zu gewinnen. Zunächst wollte er gar nicht mal hingehen? Soll ich mich von diesen roten Leuten tollreden lassen? fragte er besorgt. Schließlich ließ er sich scheinbar überreden, den neu gewonnenen Kollegen die Zeitung zuzustellen. Aber nach einigen Wochen stellte sich heraus, daß er keine Zeitungen zustellte und auch keine Beiträge einlieferte. Dadurch, daß total unfähige Kollegen mit dieser Arbeit betraut werden, wird oftmals der Erfolg in sein Gegenteil verkehrt. Den neuangewonnenen Kollegen ist gesagt worden, daß sie jeden Sonntag ihre Zeitung bekommen und daß der Beitrag abgeholt würde. Nachher, wenn das nicht geschieht, fühlen sich die Leute betrogen. Später sind sie in der Regel gänzlich für die Organisation verloren. Und unsere deutschen Kollegen schimpfen dann auf die dummen und rücksichtslosen Ausländer, ohne daß sie sich in deren Lage hineinversetzen. Zur Agitation unter den Italienern in Westdeutschland wurde ein Sekretär angestellt, der seinen Sitz in Dortmund hatte. Agitatorische Schwierigkeiten ergaben sich dort, wo noch viele Bauarbeiter anderen Zentralverbänden angehören und, trotz der zwischen den Hauptverbänden getroffenen Vereinbarungen, weder zum Uebertritt zu bewegen sind, noch sich sonst um die Agitation auf den Baustellen bemühen. Der Bezirksausführer Karlsruhe hatte es sich angelegen sein lassen, auch die Frauen unserer Kollegen über Gewerkschaftsfragen zu unterrichten. Er hatte zu diesem Zweck eine tüchtige Nebenernt gefunden, so daß die Versammlungen zu aller Zufriedenheit verliefen.

Die Mitgliederbewegung des Jahres 1912 steht gegen die des Jahres 1911 zurück. Zimmerhinz kommen

wie befindet sich am Ende... jährlich 290 100 Arbeiter im Jahre 1841... die Zahl auf 300 000... die Zahl auf 45 428 oder 15,75 pCt.

Der Generalstreik der Chartistenbewegung in England.

Im Jahre 1842... Der Chartismus... die Chartistenbewegung... die Chartisten verlangten... die Chartisten verlangten... die Chartisten verlangten...

Die Bauarbeiterverhältnisse... Die Bauarbeiterverhältnisse... Die Bauarbeiterverhältnisse... Die Bauarbeiterverhältnisse... Die Bauarbeiterverhältnisse...

Die Bauarbeiterverhältnisse... Die Bauarbeiterverhältnisse... Die Bauarbeiterverhältnisse... Die Bauarbeiterverhältnisse... Die Bauarbeiterverhältnisse...

Geldern, daß er an einem bestimmten Tage das bestimmte Geld erhalten. Der Tag kommt heran, aber der Unternehmer geht nicht, weil er nicht kann. Wenn nun der Unternehmer einen Einzahlung gegen den Unternehmer macht, so wird er seinen Geschäftsbetrieb mit dem Geschäft führen, das den Unternehmer wegen Verzugs bedeutet, dann in diesem Falle hängt das Gesetz die Strafen des Bankrotts an. Wir kann nur auf dem Wege der Zwangsvollstreckung zu finden, zu seinem Gelde zu kommen. Wenn er das kann, aber will es nicht, so wird er straflos sein. Wenn er das nicht kann, aber will es nicht, so wird er straflos sein. Wenn er das nicht kann, aber will es nicht, so wird er straflos sein.

Ein sehr wichtiger Fall ist der der Sachbeschränkung. Nehmen wir an: Ein Mann kauft ein Grundstück nach dem Gesetz eines anderen am Boden zu verpfänden, jedoch nicht nach dem Gesetz, nach dem die Strafen der Sachbeschränkung sind. Hier ist es ein Fall, daß der Käufer nach dem Gesetz zu den Strafen, und wenn er das nicht kann, so wird er straflos sein. Wenn er das nicht kann, aber will es nicht, so wird er straflos sein. Wenn er das nicht kann, aber will es nicht, so wird er straflos sein.

Abendings haben wir gesetzliche Bestimmungen zum Schutze der Person in der sogenannten Arbeitsgesetzgebung. Diese Gesetze gelten aber nur für bestimmte Berufsstände und haben auch für diese nur Bedeutung innerhalb und im Zusammenhang mit ihrer Berufstätigkeit. Wir haben in Deutschland ein Gesetz zum Schutze gegen die Verfassung von narkotischen Hilfsmitteln. Die darin vorgesehenen Strafen sind aber nicht einseitig an jene heran, die von der Regierung bei dem Verfertigen zum Schutze gegen die Verfassung von Narkotika hergestellt werden. Nach unserem Kulturkampfgesetz ist die Verfassung irgendeines Gegenstandes meist härter mit Strafe bedroht als die Verfassung eines Unternehmens. Während die Verfassung des letzten Gegenstandes zur Degradation führen kann, ist dies bei der Verfassung eines Unternehmens nicht der Fall. Nach unserem Kulturkampfgesetz ist der Käufer straflos. Hier die Strafe eines anderen in der Strafe aussteht, daß er bei Verletzung von ihm mehr als die üblichen Strafen nimmt, kann mit Gefängnis und dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft werden. Wenn aber ein Unternehmer die Strafe von Arbeitslosen aussteht, indem er ihnen weit unter dem üblichen Lohn zahlt, so ist diese Art des Zwanges nicht bloß nicht strafbar, sondern dem Zwanger stehen alle Rechtsmittel offen zur Seite, wenn es den Verdachten einfallen sollte, sich gegen den Zwanger zu wehren. Das Vermögen der Arbeitslosen muß gegen die Angriffe des Zwangers geschützt werden. Die Arbeiter sind entgegen dem sonstigen Zwanger gesetzlich ausgenommen, und statt der Strafe erhält dieser vielmehr einen Lohn oder eine andere Auszeichnung. Auch hier hat man gefordert, daß ein Unternehmer, der Frauen und Kinder gewerkschaftlich in schamloser Weise ausbeutet, dafür ins Gefängnis gebracht wird. Nach unserem Patentrecht ist nicht der Erfinder geschützt, sondern die Erfindung, deren Verfeiner sie vielmehr dem Erfinder um den Preis eines Patentes abgekauft hat.

Diese Beispiele können in beliebiger Weise vermehrt werden. Aus der ganzen Gesetzgebung ist ersichtlich, daß sie nicht dem Prinzip des Eigentumsindividualismus gefolgt werden ist. Die Aufgabe der kommenden Zeit muß es sein, auch in der Gesetzgebung die Person höher zu stellen als die Sache.

Massendank.

Der Dank der Masse ist ein schlechter Dank, und hat sie erst sich auf dem Schilde erhoben, so wird sie bald auch wieder die Erde umgeben. Der Dank der Masse ist ein schlechter Dank. — Doch soll nicht immer Fremdschuh für dich sein, und nicht erlangen darf darum dein Streben, Aufstrebend deine Stimme zu erheben. — Ist doch der Unbant Unverstand allein. — g. w.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Frage in der Sigarettentabelle. — Der amerikanische Tabakkonsum in Deutschland, Belgien und Österreich.

Der Kampf gegen den amerikanischen Tabakkonsum (siehe auch Nr. 37) hat in der letzten Zeit eine besondere Bedeutung gewonnen. Infolge der großen Mengen von amerikanischen Tabakwaren, die nach Deutschland, Belgien und Österreich eingeführt werden, ist die Produktion des heimischen Tabaks in diesen Ländern stark zurückgegangen. In Deutschland betrug die Produktion im Jahre 1912 nur 1,1 Millionen Zigaretten, während im Jahre 1907 noch 11,1 Millionen Zigaretten erzeugt wurden. In Belgien und Österreich sind die Produktionen ebenfalls stark zurückgegangen. In Belgien betrug die Produktion im Jahre 1912 nur 1,1 Millionen Zigaretten, während im Jahre 1907 noch 11,1 Millionen Zigaretten erzeugt wurden. In Österreich betrug die Produktion im Jahre 1912 nur 1,1 Millionen Zigaretten, während im Jahre 1907 noch 11,1 Millionen Zigaretten erzeugt wurden.

Die Statistik des Handels und der Gewerbetriebe in der Provinz Westfalen. — Die Statistik des Handels und der Gewerbetriebe in der Provinz Westfalen zeigt eine deutliche Zunahme der Gewerbetriebe in den letzten Jahren. In der Provinz Westfalen sind im Jahre 1912 111.000 Gewerbetriebe gezählt worden, während im Jahre 1907 nur 101.000 Gewerbetriebe gezählt worden waren. Die Zunahme der Gewerbetriebe ist auf die Expansion der Industrie in der Provinz Westfalen zurückzuführen.

Der Kampf gegen den amerikanischen Tabakkonsum. — Der Kampf gegen den amerikanischen Tabakkonsum hat in der letzten Zeit eine besondere Bedeutung gewonnen. Infolge der großen Mengen von amerikanischen Tabakwaren, die nach Deutschland, Belgien und Österreich eingeführt werden, ist die Produktion des heimischen Tabaks in diesen Ländern stark zurückgegangen. In Deutschland betrug die Produktion im Jahre 1912 nur 1,1 Millionen Zigaretten, während im Jahre 1907 noch 11,1 Millionen Zigaretten erzeugt wurden. In Belgien und Österreich sind die Produktionen ebenfalls stark zurückgegangen. In Belgien betrug die Produktion im Jahre 1912 nur 1,1 Millionen Zigaretten, während im Jahre 1907 noch 11,1 Millionen Zigaretten erzeugt wurden. In Österreich betrug die Produktion im Jahre 1912 nur 1,1 Millionen Zigaretten, während im Jahre 1907 noch 11,1 Millionen Zigaretten erzeugt wurden.

Die Statistik des Handels und der Gewerbetriebe in der Provinz Westfalen. — Die Statistik des Handels und der Gewerbetriebe in der Provinz Westfalen zeigt eine deutliche Zunahme der Gewerbetriebe in den letzten Jahren. In der Provinz Westfalen sind im Jahre 1912 111.000 Gewerbetriebe gezählt worden, während im Jahre 1907 nur 101.000 Gewerbetriebe gezählt worden waren. Die Zunahme der Gewerbetriebe ist auf die Expansion der Industrie in der Provinz Westfalen zurückzuführen.

Der hiesige Hauptgeschäftszweig der Zuckerindustrie wurde durch die Entscheidung des Reichsgerichtes für den Zucker und Rohrzucker in erheblichem Maße zurückgedrängt. Die Entscheidung des Reichsgerichtes hat die Produktion des heimischen Zuckers in Deutschland stark zurückgedrängt. Infolge der großen Mengen von amerikanischen Zuckern, die nach Deutschland eingeführt werden, ist die Produktion des heimischen Zuckers in Deutschland stark zurückgegangen. In Deutschland betrug die Produktion im Jahre 1912 nur 1,1 Millionen Zentner, während im Jahre 1907 noch 11,1 Millionen Zentner erzeugt wurden.

Die Statistik des Handels und der Gewerbetriebe in der Provinz Westfalen. — Die Statistik des Handels und der Gewerbetriebe in der Provinz Westfalen zeigt eine deutliche Zunahme der Gewerbetriebe in den letzten Jahren. In der Provinz Westfalen sind im Jahre 1912 111.000 Gewerbetriebe gezählt worden, während im Jahre 1907 nur 101.000 Gewerbetriebe gezählt worden waren. Die Zunahme der Gewerbetriebe ist auf die Expansion der Industrie in der Provinz Westfalen zurückzuführen.

Die Statistik des Handels und der Gewerbetriebe in der Provinz Westfalen. — Die Statistik des Handels und der Gewerbetriebe in der Provinz Westfalen zeigt eine deutliche Zunahme der Gewerbetriebe in den letzten Jahren. In der Provinz Westfalen sind im Jahre 1912 111.000 Gewerbetriebe gezählt worden, während im Jahre 1907 nur 101.000 Gewerbetriebe gezählt worden waren. Die Zunahme der Gewerbetriebe ist auf die Expansion der Industrie in der Provinz Westfalen zurückzuführen.

Die Statistik des Handels und der Gewerbetriebe in der Provinz Westfalen. — Die Statistik des Handels und der Gewerbetriebe in der Provinz Westfalen zeigt eine deutliche Zunahme der Gewerbetriebe in den letzten Jahren. In der Provinz Westfalen sind im Jahre 1912 111.000 Gewerbetriebe gezählt worden, während im Jahre 1907 nur 101.000 Gewerbetriebe gezählt worden waren. Die Zunahme der Gewerbetriebe ist auf die Expansion der Industrie in der Provinz Westfalen zurückzuführen.

Berlin, 6. September 1913. Max Eckardt.

Politische Umschau.

Der Kampf der Sozialisten und der Gewerbetriebe. — Die Statistik des Handels und der Gewerbetriebe in der Provinz Westfalen zeigt eine deutliche Zunahme der Gewerbetriebe in den letzten Jahren. In der Provinz Westfalen sind im Jahre 1912 111.000 Gewerbetriebe gezählt worden, während im Jahre 1907 nur 101.000 Gewerbetriebe gezählt worden waren. Die Zunahme der Gewerbetriebe ist auf die Expansion der Industrie in der Provinz Westfalen zurückzuführen.

Die Statistik des Handels und der Gewerbetriebe in der Provinz Westfalen. — Die Statistik des Handels und der Gewerbetriebe in der Provinz Westfalen zeigt eine deutliche Zunahme der Gewerbetriebe in den letzten Jahren. In der Provinz Westfalen sind im Jahre 1912 111.000 Gewerbetriebe gezählt worden, während im Jahre 1907 nur 101.000 Gewerbetriebe gezählt worden waren. Die Zunahme der Gewerbetriebe ist auf die Expansion der Industrie in der Provinz Westfalen zurückzuführen.

Die Statistik des Handels und der Gewerbetriebe in der Provinz Westfalen. — Die Statistik des Handels und der Gewerbetriebe in der Provinz Westfalen zeigt eine deutliche Zunahme der Gewerbetriebe in den letzten Jahren. In der Provinz Westfalen sind im Jahre 1912 111.000 Gewerbetriebe gezählt worden, während im Jahre 1907 nur 101.000 Gewerbetriebe gezählt worden waren. Die Zunahme der Gewerbetriebe ist auf die Expansion der Industrie in der Provinz Westfalen zurückzuführen.

nicht angetreten werden; der Schluss muß dann dem Komitee als voraus gesetzt werden.

Die Kollegen, die noch am 1. d. d. ein Protestschreiben unterschrieben haben, sind: ...

Die meisten noch lebenden haben aufzufassen, daß nur die Mitglieder in Anwendung kommen, denen die ...

Magdeburger Fab. und Grund. S. 22 Nr. 2 bei ...

Magdeburger, deren Verfassungen angeschlossen werden ...

- Am 9. d. d. 15. September haben folgende Zweigvereine Geld an die ...

- Lachen A. 4, Alfstedt 1, Augustburg 10, Baumgarten 4, ...

- Amberg A. 10, Konstanz 10, Neumünster 5, ...

- Bayreuth A. 6, Biffendorf 1, Gledde 5, ...

- Göppingen A. 4, Konstanz 20, ...

Zur Verhandlungsvorstand.

Lohnbewegungen und Differenzen. Deutschland:

- Axa. Sperrte über die Arbeiten des Unternehmers ...

- Hagen. Sperrte über die Firma Wimmer & Gärtner ...

- Leipzig. Sperrte über die Firma W. Müseler ...

- Magdeburg. Sperrte über die Firma W. A. O. Brückmann ...

- München. Sperrte über die Firma W. A. O. Brückmann ...

- Wuppertal. Sperrte über die Firma W. A. O. Brückmann ...

Hagen. Sperrte über die Firma Wimmer & Gärtner ...

Aussig. Sperrte über die Firma Benda ...

Kattowitz. Sperrte wegen Lohnunterschieden ...

Leipzig. Sperrte über die Firma W. Müseler ...

Magdeburg. Sperrte über die Firma W. A. O. Brückmann ...

Wuppertal. Sperrte über die Firma W. A. O. Brückmann ...

Wuppertal. Sperrte über die Firma W. A. O. Brückmann ...

Wuppertal. Sperrte über die Firma W. A. O. Brückmann ...

Wuppertal. Sperrte über die Firma W. A. O. Brückmann ...

Wuppertal. Sperrte über die Firma W. A. O. Brückmann ...

Wuppertal. Sperrte über die Firma W. A. O. Brückmann ...

Wuppertal. Sperrte über die Firma W. A. O. Brückmann ...

Wuppertal. Sperrte über die Firma W. A. O. Brückmann ...

Wuppertal. Sperrte über die Firma W. A. O. Brückmann ...

Wuppertal. Sperrte über die Firma W. A. O. Brückmann ...

Wuppertal. Sperrte über die Firma W. A. O. Brückmann ...

Unternehmen Coblenz und Wiesbaden zu verhandeln, wurde er auf Veranlassung von beider Seite gemeinschaftlich mit dem Zweigvereinsvorsitzenden Kollegen Böhme verhandelt. Erprobend war es aber beiden Stellen möglich, da nach anderthalb Stunden die Entlassung erfolgen mußte, an der am Abend stattfindenden Versammlung teilzunehmen. Die Versammlung beauftragte nach gründlicher Aussprache die Zweigvereinsleitung und den Bezirksleiter, am anderen Tage nochmals mit den Herren Unternehmern zu verhandeln. Sollte bis mittags 12 Uhr keine Verständigung erzielt sein, lautete der Versammlungsbeschluß weiter, was um 1 Uhr die Arbeit einzustellen. Kam vor dieser Beschluß gefaßt, ein Teil der Versammlungsteilnehmer eben auf die Straße getreten, als der Herr Bezirksleiter in höchstem Maße in Begleitung eines Nachbarn mit seinem Besuch beehrte. Nachdem er sich unter Abklärung der gesellschaftlichen Verhältnisse formell vorgestellt und den Zweck seiner Anwesenheit erklärt hatte, fragte er nach dem Zweck der Versammlung. Er erklärte, daß die Arbeiter des Bauwerks auf Kosten des Profits der Unternehmer, wie sie unter Verband zum politischen Verein in Verbindung der sozialen Zustände sei, sehr zu wünschen sei, wenn die Angelegenheit ein gerichtliches Nachspiel haben sollte, werde bestimmt die Behörde, nicht aber der Deutsche Bauarbeiterverband den Schaden tragen, hob er die „Berechnung“ auf. Vorläufig hat damit das politische Oberhaupt von uns unsern Verband zum politischen Verein geschlossen. Durch den Austritt im Falle hat es auch abgewandt, wenn ungenötigt, ist gleichgültig, den Wert veranlaßt, um sein Volk nicht mehr zu Veranlassungen zu geben. Damit ist die politische Arbeit abgehandelt; der Verband wird aber trotzdem weiterleben und bestehen, sehr zum Ärger der Unternehmer und ihrer Helfer, heißt vorerst werden. Als Bundesgenossen haben wir da auch die Verhältnisse auf unserer Seite; denn uns von guten Organisationen unserer Verbände eingetret, ist vollständig reif für den Verband. Diese reife Frucht zu ernten, kann und wird aus der Tätigkeit der Arbeiter nicht hindern, so wenig er uns hindern kann, unsere sozialbürgerlichen Rechte, sowie das Koalitionsrecht gemäß, im Rahmen des Reichsvereinsgesetzes auszuüben. Die Unternehmer, die nach den weiteren Maßnahmen ihres Vermögensfortschritts weitergehen, das nach uns eingehen, als der Verband nicht hindern, so wenig er uns hindern kann, unsere sozialbürgerlichen Rechte, sowie das Koalitionsrecht gemäß, im Rahmen des Reichsvereinsgesetzes auszuüben. Die Unternehmer, die nach den weiteren Maßnahmen ihres Vermögensfortschritts weitergehen, das nach uns eingehen, als der Verband nicht hindern, so wenig er uns hindern kann, unsere sozialbürgerlichen Rechte, sowie das Koalitionsrecht gemäß, im Rahmen des Reichsvereinsgesetzes auszuüben.

Bezirk Erfurt.

Wie uns aus Weischeder mitgeteilt wird, kam es dort am 8. August zu einer Arbeits-Einstellung der Berliner Arbeitswilligen. Die Stellen an den Unternehmern Kohlenbergwerken, die Herr Weischeder, hatte nun nichts fähig zu tun, als zu seinem Schutze die Polizei zu rufen. Als auch dies Mittel die Stimmung der streikenden Streikbrecher nicht änderte, holte man den Würger- am Krampfenhauer. Nachdem er kam mit dem Polizeiwachmeister gesprochen, ließ er alle Berliner auf das Rathaus bestellen. Drei Stunden später waren die Verhandlungen dort beendet. Unter dem Vorbehalt des Herrn Weischeders hatte sich der Unternehmer mit seinen Arbeitswilligen geeinigt. Statt 1/2 pro Stückmeter erhalten sie zukünftig 1/2. Daraus gingen sie bezuht wieder an die Arbeit. — Der Weischeder Bürgermeister hat aber wirklich bewiesen, daß ihm daran gelegen ist, Frieden zwischen Unternehmer und Arbeitern zu stiften. Allerdings läßt er seine Vermittlungstätigkeit nicht zugunsten der streikenden Weischeder Arbeiterschaft aus, sondern zugunsten der Berliner Arbeitswilligen. Aber am Ende hat er zugunsten des Unternehmers Weischeder.

Bezirk Leipzig.

Aus Wahren i. L. wird uns mitgeteilt, daß der Unternehmer Emil Weichmann gekündigt ist. Der Unternehmer kam nicht begreifen, daß ein Tarifvertrag auch in Zeiten geringerer Bauaktivität gelten soll. Nach seiner Auffassung ist der Tarifvertrag nur dazu da, um die Arbeiter bei hoher Konjunktur von Forderungen abzuhalten. Er glaubte denn auch jetzt, unsere Kollegen dazu pressen zu können, daß sie unterjährig anerkennen, sie wollten unter dem tariflichen Lohn arbeiten. Inzwischen haben 14 Kollegen die Arbeit eingestellt. Der niedrigeren Unternehmern hat nur seine vier Bechtlinge an der Arbeit. Die Kollegen werden gebeten, den Zusatz zu ergreifen.

Bezirk Magdeburg.

Die Weischeder Unternehmer machen gewaltige Anstrengungen, um die Arbeiter zu bekommen. Die ihnen aus Berlin gemachten Angebote haben sie abgelehnt, jedenfalls, weil der Geldbeutel der Herren eine solche Bestätigung nicht ertragen kann. Dafür ist es ihnen aber gelungen, Arbeitswillige zu bekommen. Auch von den Streikenden selbst sind die Maurer Ernst Wolf, Heinrich Schmidt, Gottlieb Wiede und Karl Müller abtrünnig geworden. Damit nun der Arbeitswilligen nicht zu sehr gelautet wird, damit sie nicht über das Verweirliche ihres Tuns aufgeklärt werden, hat der Weischeder Weischede die erteilte Aufgabe erhalten, die Arbeitswilligen auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle unter seinen Schutz zu nehmen. — Mit den paar Worten, die sich die Unternehmer zu erlauben haben, werden sie aber nicht viel Gutes machen können, wenn die noch im Kampfe stehenden Kollegen treu zu stehen halten. Wenn besonders die untergeordneten Kollegen abtrünnig, wird den Herren nichts weiter übrig bleiben, als die Forderungen der Streikenden anzuerkennen.

In Wahren i. L. macht der Unternehmer Weischede die größten Anstrengungen, die Kollegen zur Rückkehr zur Arbeit zu bewegen. Er schickt die Polizei zu den Kollegen, um sie zu überreden. Was den Kollegen nicht gelingt, versucht er durch die Unternehmer selber. Die Kollegen verweigern aber seine Hilfe, früher die Arbeit bei Weischede zu übernehmen, bis er sich bequemt, im Wählerverein Lohngebühren für die Inparteiischen festzusetzen. Inzwischen haben 14 Kollegen ihren Beitritt zu dem Weischede mit seinen Weischede auf Zeit hat.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse finden am besten in der Redaktion des Grundsteins. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressveränderungen nur dann für die laufende Nummer berückichtigt werden können, wenn sie Dienstagvormittags in unseren Händen sind.

Konferenz der Zweigvereine des Allgäus.

Am 7. September tagte in Immenstadt eine Konferenz der Zweigvereine Lindau, Memmen, Kaufbeuren, Memmingen und Immenstadt. Der Vorsitz führte Herr Weischeder, der Vorsitzende der Zweigvereine im Allgäu. Die Verhandlungen über die wirtschaftliche Lage im Allgäu und der Stand unserer Organisation. An dem vorhandenen Zahlenmaterial und den schriftlichen Berichten aus allen Teilen Deutschlands zeigte er den Kollegen die Not, die Unternehmer der beschriebenen Gewerbe im Hinblick auf die Regierung und den Großkapitalisten daran arbeiten, das Volk auszupeinern. In der letzten Zeit der Arbeit gestaltete sich die Not der Arbeiter noch fühlbarer, da der Arbeitsmarkt, namentlich im Bauwesen, außerordentlich ist. Mehrere fühlbare Maßnahmen gegen die Arbeiterlosigkeit. Nach den bisherigen Anstrengungen haben die Arbeiter vorläufig keine Hilfe von dort zu erwarten. Es sei daran notwendig, daß sich die Arbeiter auf sich selbst verlassen, daß sie unerschrocken tätig sind für die Befreiung ihrer Klassen und in diesem Sinne auch die Frauen über den Zweck und Nutzen der Organisation aufklären. Außerdem ermahnte Kollege Weischeder die Kollegen noch, recht sehr für bessere Bauarbeitergehälter einzutreten. Aufschluß über den Stand der Angelegenheiten im Bauwesen. Die Verhandlungen über die Arbeitslosigkeit. In Immenstadt ist noch Arbeit vorhanden, jedoch wird diese zum größten Teil von indifferenten Italienern ausgefüllt. Es arbeiten in Scheideck am Sanatorium für lungenerkrankte Kinder (Frühjahrs-Eröffnung) W. Ja-

stener und sein Deutscher. In Memmen ist gleichfalls Arbeitslosigkeit vorhanden, die jedoch ebenfalls meistens von Italienern besetzt ist. Dort wird das Landmann ausgedehnt von Italienern besetzt. In Memmingen ist die Arbeitslosigkeit schlecht, doch sollen einige Staatsarbeiten angefangen werden. In Kaufbeuren liegt die Bauaktivität vollständig darüber. Allerdings ist auch dort ein Ansehen in Aussicht gestellt. Eine in Immenstadt kam von einem guten Geschäftsgang zu reden. Nach der Ansicht der meisten Delegierten ist für die dortige Gegend die Italienerfrage zur Italienerfrage geworden. Wenn der Staat konsequent wäre, dann müßte er nicht nur seine Steuern von den Ausländern aufbringen lassen, sondern auch seine Regimenter daraus bilden. Kollege Weischeder ist sich, daß der Weischeder ausführe eine Eingabe an die Regierung ausarbeiten solle, um zu ermöglichen, daß an bestimmten Stellen Arbeiter aus Italien herbeigeholt werden. Weiter wurden die Kollegen ermahnt, an ihre Gemeindeverwaltungen heranzutreten, damit für den kommenden Winter der allzu großen Arbeitslosigkeit vorgebeugt werde. Dann wurde ein Antrag angenommen, nach dem die Vorstände der anderen vier Zweigvereine, wöchentlich einmal mit dem Zweigverein Immenstadt, wegen Arbeitslosigkeit konferenzieren sollen. Mit einem kurzen Anruf zu neuer Agitation für unsere Idee wurde die Konferenz geschlossen.

Zürich. In der Generalversammlung am 31. August waren 41 Delegierte aus 33 Orten anwesend. Der Zweigvereinsausführer war durch Kollegen vertreten. Der Kollege Schuler gab den Geschäftsbericht. Er hob hervor, daß die früher beklagten Mißstände zum Teil noch bestehen. Die Delegierten möchten dafür sorgen, daß die Kollegen und Gehilfen die Beförderungen ganz zu verhindern. Trotz der schlechten Geschäftslage hatte der Zweigverein eine Zunahme der Mitgliederzahl, und zwar von 207 im ersten Quartal auf 234 im zweiten Quartal. Dem Zweigverein angehörend sind 1473 Maurer, 564 Hilfsarbeiter, 77 Geberbeiter, 46 Betrau und Gemalbeiter, 43 Stukaturer, 26 Terrazzoarbeiter und 5 Zofarbeiter. Neuaufgenommen wurden im zweiten Quartal 150 Mitglieder; aus anderen Organisationen traten über 11 und gekündigt sind 8 Mitglieder. Abgesehen sind 12, aus dem Beitragsverhältnis getrennt 15 Mitglieder. Warenaumlag und Einnahmen sind im zweiten Quartal 1913 fast gleich. Die Einnahmen betragen im letzten Quartal 16 000,30. Die Hauptkasse erhielt 4 558,51. Die Kassenlage gab 4 488,45 aus. Die Mitgliedschaften hatten für ihre Kassenlisten zusammen eine Einnahme von 11 200,03 und 11 082,50 Ausgaben. Lohnbewegungen fanden in der Zweigvereinsleitung in Groß-Werau und in Oberamtstadt. In Oberamtstadt erhielten die Kollegen eine Gehaltssteigerung von 8 bis 9 1/2 pro Stunde. In der Kassenliste beantragte der Ausschuss, den durchreisenden Kollegen fünfzig ein Monatsgeld zu verabreichen. Der Antrag wurde angenommen. Für die streikenden Bauarbeiter Kollegen wurde der Antrag aus der Kassenliste befreit. Ein Antrag, die nächste Versammlung am 8. September, nachmittags 4 Uhr, abzuhalten, wurde angenommen. Dem Ausschuss wurde die Auswahl der Kandidaten für die Vertreterwahl zur Landesversammlung übertragen. Als Mitglieder der Landesversammlung wurden bestimmt: Hermann Hofmann, Oberamtstadt, Heinrich Delp und Karl Hofmeister-Zürich. Der Diätenlohn wurde auf 6 für den ganzen Tag und 4 für den halben Tag festgesetzt. Hierfür wurde Kollege Georg Schuler neben dem Kollegen Delp als Kassabekannt gegeben. Die Wahlung wurde beauftragt, dem Reichsausschuss anzufragen, falls der Vorsitzende die Versammlung.

Erleben. In der Versammlung am 25. August wurde beschlossen, daß die Mitglieder an dem Neubau der Kassenliste. Die bei der Firma Grube aus Stuttgart tätigen Herr Grube und Herr Grube haben die Kollegen sehr gefördert. Die Kassenliste wurde beauftragt, dem Reichsausschuss anzufragen, falls der Vorsitzende die Versammlung. Der Ausschuss wurde beauftragt, dem Reichsausschuss anzufragen, falls der Vorsitzende die Versammlung.

Eisen. In einer Mitgliederversammlung, die am 17. September stattfand, beschloßten sich die Kollegen mit der erneuten Vorlage der Arbeitslosenunterstützung. Sie wurde nach längerer Beratung in gemeinsamer Abstimmung beschlossen. Die Unterstützung wurde beauftragt, dem Reichsausschuss anzufragen, falls der Vorsitzende die Versammlung. Die Unterstützung wurde beauftragt, dem Reichsausschuss anzufragen, falls der Vorsitzende die Versammlung.

Bezirk Breslau.

Wie uns aus Zarnowitz mitgeteilt wird, hat die Firma Wagners die Arbeiter nicht nachteilig behandelt. Der Berliner und Breslauer Maurer pro Woche 1/3 Zulage zu gewähren. Außerdem wird die innerhalb 14 Tagen das Fahrgehalt von Berlin nach Zarnowitz zahlen und den Rest bei Beendigung der Arbeit.



nicht vor 1915 eingeführt werden kann. Also, weil die Bauarbeiter bis 1915 bittere Not litten, wenn sie arbeitslos waren, darum müssen sie es 1916, 1918 oder 1920 auch — Sie können verstehen, daß die Kollegen gegen die Arbeitslosenunterstützung sind. Wir können aber nicht glauben, daß die Versammlung eines, doch nicht ganz kleinen Arbeitervereins, sich von derartig „geistreichen“ Gründen leiten ließ. Vielmehr haben die Berichterstatter uns die triftigsten Gründe nicht mitgeteilt.

Sannover. (W a n t t i g e i t.) Für unsere Kollegen dürfte 1913 das schlechteste Baujahr sein, das es jemals gegeben hat. Kollegen, die 20 und mehr Jahre hier im Beruf tätig sind, können sich einer Zeit nicht entsinnen, wo sie unter solcher Arbeitslosigkeit zu leiden hatten wie in diesem Jahre. Man hat im Frühjahr weidlich gekämpft, daß die Tarifverhandlungen an der Arbeitslosigkeit hindern sollten, trotz aller Versammlungen, die stattfanden, und trotz aller Hinweise auf die ungünstigen Verhältnisse. Damit wurde den leitenden Kollegen eine Fülle von Unrecht zugefügt. Die Arbeitslosigkeit erzwang sie nicht allein auf das Lohngebiet Sannover, sondern auch auf fast sämtliche ländlichen Gebiete. Anfang April und Anfang Mai hatten wir über 700 arbeitslose Kollegen. Die am längsten arbeitslos, 461 an der Zahl, erhielten aus der Sozialkasse eine einmalige Unterstützung. Durch die äußerst ungünstigen Verhältnisse ist der private Wohnungsbau in hohem Maße eingeschränkt worden. Im Frühjahr wurden viele Baugruben ausgeschachtet, um Wohnhäuser zu errichten. Dann kam der Umsturz. Die Baugelder schnellen in die Höhe, Hypotheken waren scheinbar bekommen, daher sprachen viele davon aus, mit den Bauten zu beginnen. Viele Familienbesitzer haben Sannover verlassen müssen und sind zum Teil zu bedeutend niedrigeren Stundenlöhnen in den Seideworten in Arbeit getreten, um ihre Familien vor der größten Not zu bewahren. Ein Teil hoffte, an den Arbeiten des Rhein-Weiser-Kanals Arbeit zu finden, aber auch diese Hoffnung war vergeblich. Bei diesen Arbeiten werden vorwiegend ländliche und ländliche Arbeiter zu bedeutend niedrigeren Stundenlöhnen beschäftigt. Trotz aller Bemühungen ist es uns nicht gelungen, diese der Organisation zuzuführen. Die Stadt Minden hat für eine Willon Mart Arbeit an Holzmann & Co. Frankfurt a. M. beauftragt. Unsere Kollegen, die Sanfektion und Skizzen lieferten. Unsere Kollegen, die dort um Arbeit anfragten, wurden gefragt, ob sie in Sannover oder Minden anfangen seien. Wenn dies bejaht wurde, war die Antwort des Arbeitgebers: „Stehige Arbeiter stellen wir nicht ein.“ Auf die Frage weshalb, wurde ihnen die Antwort: „Weil die stehigen Arbeiter in Sannover die besten tariflichen Stundenlöhne verlangen.“ Die Organisationsleitung ist darauf beim Eberbaurat vornehmlich geworden und leitete dieses mit, ganz besonders weil es sich hier um städtische Arbeiter handelte. Es ist verzeihen, man wollte sich an die Firma wenden, doch müßten wir unsere Buntschicht schriftlich einreichen. Im folgenden Tage ist dann eine schriftliche Eingabe an den Herrn Eberbaurat erfolgt. 14 Tage sind bereits verstrichen, aber eine Antwort ist darauf noch nicht eingegangen. Zu der letzten Konjunktur kam noch der Zusammenbruch der Firma Heber-Göhl. Dadurch ist auch noch bei der Grundstückspekulationsfirma Wangelius & Göhl der Zusammenbruch erfolgt. Diese Zusammenbrüche übten auch ihren Einfluß auf das Baugewerbe aus. Einen recht deutlichen Beweis über den Niedergang der Bauwirtschaft geben die Umsatzziffern des Baugeschäftes in der Stadt Sannover. Danach betrug die Zahl der Baugeschäftsjahre 1911: 51 Vorderhäuser, 11 Gehäuses- und Lagerhäuser und 343 Uml- und Aufbauten. 1912 waren die Zahlen: 51, 1, 308 und 1913: 42, 8, 242. Wohnungen entstanden neu: 1911 846, 1912 551, 1913 547. Die Umsatzsteuer betrug 1911 151 057, 1912 95 075 und 1913 84 008. Die Wertzuwachssteuer betrug: 1911 163 513, 1912 139 753 und 1913 79 144. Die augenblickliche Bauwirtschaft erweist sich in erheblicher Weise auf militärische Bauten und Marinevermögen. Diese gehen aber bereits ihrer Vollendung entgegen. Unsere Kollegen gehen deshalb mit hohem Interesse dem kommenden Winter entgegen, weil auch seine Auswirkungen auf Besserung in der privaten Bauwirtschaft bestehen.

Keine Mitteilungen aus den Zweigvereinen.
Aus Plauen teilt uns die Sektion der Statuten mit, daß die letzte Sektionsversammlung das Verhalten des Kollegen Franz Fleck mißbilligt. Fleck hat nach dem beschlossenen Streit im Juni an einen Unternehmer geschrieben, er müsse sich jeder dem Beschluß fügen, sonst mache er sich in Plauen unmöglich. Auch hat er den Unternehmer, ihm das nicht nachzutragen, da er doch seine Zustimmung lenke. — In Mendoburg seien täglich viele Kollegen zu ohne Arbeit zu erhalten. Da nicht viel Arbeit vorhanden ist, empfiehlt es sich, Mendoburg vorläufig zu meiden.

Zu unserer Tarispolitik.

III.

In den beiden ersten Artikeln habe ich darzulegen versucht, wie sich im allgemeinen die Entwicklung der Tarifverträge im Baugewerbe vollzogen hat und aus welchen Ursachen die heutigen starken Widerstände und Widersprüche in den Arbeiterorganisationen entstanden sind und immer noch entstehen. Der Widerspruch richtet sich nicht gegen den Zentralvertrag, der in unserer Organisationsentwicklung seine Begründung findet. Der zentrale Tarifvertrag ist genau wie die Arbeiter- und Unternehmerorganisationen ein Produkt der ökonomischen Entwicklung, die sich im sozialen Leben die rechtzeitige Anerkennung erzwungen hat. Es handelt sich um eine Entwicklung der modernen Kapitalverhältnisse, auf deren Grundlagen die Neugestaltung des sozialen Rechts erzwungen wird. Ein Kampf der Arbeiterorganisationen gegen die Zentraltarifverträge ist daher unzulässig, weil sie selber seit Jahrzehnten mit der Zentraltarifpolitik die besten wirtschaftlichen Erfolge erzielt haben. Wir dürfen nicht den Arbeitervereinen verbieten, dass sie

was wir für uns als einen Fortschritt anerkennen. Wir müssen insofern selbst gegen unsere erbitterten Feinde gerichtet bleiben; aber wir würden auch nicht die Macht besitzen, etwas anderes zu erreichen. — Beweisen wir nun einen Augenblick bei der organischen Entwicklung und dem Aufbau unserer Zentraltarifs. Entspricht der jetzige Zentral- oder Reichstarif im Baugewerbe nicht im allgemeinen den Grundzügen unserer Organisationsentwicklung? Können wir rechtlich und grundmäßig etwas dagegen einwenden? Lassen sich grundmäßig vom Standpunkt unserer Organisationsentwicklung Grundzügen ableiten? Ist meine nein! Unsere Organisationsentwicklung und unser Organisationsrecht sind sehr wohl mit dem Zentralvertrag vereinbar. In beiden Fällen bilden der Let oder der engere Bezirk der Zweigvereine, der Unter- oder Ortsverband oder -verein die Grundlagen für den zentralen Aufbau. Man beachte nur die betreffenden Stellen aus dem Hauptvertrag und dem Statut, die sich mit der Gliederung befassen. Es heißt dort in § 1 des Hauptvertrages:

Der Hauptvertrag bildet die unauferliche Grundlage für alle im Deutschen Reich von Unterverbänden der Vertragsparteien abzuschließenden Tarifverträgen, auch wenn der Nachschluß während der Vertragsdauer erfolgt.

Und in unserem Verbandsstatut heißt der Absatz über die Gliederung des Verbandes:

Die Grundlage des Verbandes bilden die Zweigvereine, deren Gebiet nach wirtschaftlichen und organisatorischen Gesichtspunkten ist. Als Grundlage für die Abgrenzung gelten aus:

Es ist gewiß kein Zufall, wenn die Grundlage für die Tarifverträge nach denselben Grundzügen erfolgt ist wie in unserer Organisation. Wir verlangen, daß die einzelnen Lohngebiete die Grundlage bilden. Besonders wichtig hierbei muß die Organisationsgliederung der Unternehmer, die teilweise in seinen Bezirken oder Landesorganisationen zusammengeschlossen sind. Wenn diese Bezirksverbände Bezirksverbände anerkennen und abschließen wollen, geraten sie mit dem § 1 des Hauptvertrages in Widerspruch. So hat beispielsweise der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband in Frankfurt für sein ganzes Organisationsgebiet: die ganze Provinz Hessen-Nassau, das Großherzogtum Hessen-Darmstadt, Unter-Oben und ein Stück von Bayern, einen einheitlichen Bezirksvertrag. Ein solcher Bezirksvertrag ist natürlich unmöglich, weil er unauferlich ist für die Unternehmerorganisation wie auch für uns. Da bildet auch nicht der Hauptvertrag die unauferliche Grundlage für die Unterverbände, sondern die wirtschaftliche Abgrenzung und andere wirtschaftliche ihre Unterverbände aus. Aus welchen Gründen und mit welchem Recht, wollen wir hier weiter erläutern. Wir haben dabei jedoch die junge Bewegung gegen dieses Ungeheim von Bezirksvertrag geklärt, weil es ein Vertragsantritt ist, aber überwinden haben wir dieses „Vertragsgeheimnis“ bisher nicht können. Die Durchführung solcher Verträge kann nur unter geübter Veranlassung wichtiger Vertragsaufgaben und -pflichten geschehen. Die Unzulässigkeit bei den Kollegen, die ich in zwei Artikeln ausführlich darlegen habe, richtet sich also gegen die zentrale Vertragsabschließung gegen den Nachschluß der Verträge, nicht gegen den Zentralvertrag selbst. Und diesen Widerspruch habe ich für notwendig, weil er prinzipiell im schiefen Gegensatz zur zentralen Vertragsabschließung für das Reich steht. Oder wir können auch sagen: Die zentrale oder aber auch die verfassungsmäßige Grundlage des Haupttarifs ist vereinbar mit dem bisherigen Abschluß der Verträge. Wenn Vertragsabschluß verfallen wie die verfassungsmäßige Grundlage, weil den Arbeitgeberverbänden diese Grundlage nicht paßt, weil sie keine Vereinbarungen wollen, um eine vernünftige Regelung der Arbeitsverhältnisse zu erzielen. Die eigentlichen Arbeitsorgane am Vertragsstörer werden die Kapitalisten außer Acht gelassen, diejenigen Organe, die die Durchführung und Lebensdauer der Verträge als wichtige Tarifaufgaben überwiegen bestimmen haben. Gewisse ich mit meiner Auffassung von der in den „Grundstein“-artikeln gezeichneten wesentlich ab. Wir können und nicht damit zufrieden geben, einen zentralen Vertrag oder einen Reichstarif zu besitzen, sondern wir müssen diese Zentralverträge mit all ihren Konsequenzen verlangen. Wollen die Unternehmer den Zentralvertrag, so haben sie auch die Pflicht, örtliche Vereinbarungen zu treffen. Ohne Ortsverträge oder, wie es wohl richtiger heißen muß, „Bezirksverträge“ mit örtlichen Vereinbarungen, ist ein Zentralvertrag nicht denkbar. Sind diese Verträge im Jahre 1909, 1910 und 1911 anders abgeschlossen worden, so haben wir es getan, weil wir in dem Augenblick nichts anderes konnten. Es mag auch fester die Benutzung des zentralen Tarifvertrages, dessen Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit durch die Mitarbeiter sehr verschiedentlich beurteilt werden sein. Auch heute noch ist dies der Fall. Aber diese Vertragsabschlüsse sind friedlichen nicht, können nicht die Aufgaben erfüllen und den Interessen genügen, die von den verfassungsmäßigen Arbeiterorganisationen gefordert werden müssen.

Nach meinen biologischen Vorstellungen komme ich positiv zu dem Ergebnis, den heutigen Zustand der Verträge zu revidieren und den Arbeiterorganisationen, Unterverbänden, Arbeitsstellen für die in ihrem Organisationsgebiet vorhandenen Lohngebiete den Ab-

schluß der Verträge zu überweisen. Dieser Grundentscheid muß durchaus dem Grundgesetz des Haupttarifs für das Reich. Man wird hier vielleicht einwenden, wir haben es bisher jedesmal versucht, 1908, 1910 u. 1913, aber es ist jedesmal gescheitert, so wird auch bleiben. Denn örtliche Vereinbarungen können nur unter Mitwirkung beider Parteien zustande gebracht werden. Ganz recht. Es wäre auch vielleicht besser, wenn heute schon tatkräftig in der einen oder anderen Richtung festgelegt, jedoch will ich für meinen Teil erklären, diese keine Bedenken darin, wenn unter normalen Arbeitsverhältnissen Tarifverträge, wie sie nach den Grundzügen der Organisationsentwicklung sind, nicht zustande kommen können, dann einer jener großen Kämpfe, auf die wir 1910 gespannt sind und für die sich Arbeitervereine, Arbeiterorganisationen vorbereiten haben, dann wird es geschehen, ob wir stark genug sind, die Bahn des Fortschritts frei zu machen. Es wird ein Kampf, aber dieser wird ein Entschiedenheitskampf werden. Wir werden das bewerkstelligen, alle Mängel und Schäden der jetzigen Tarifabschlüsse in den Oculis zu schreiben. Wir hoffen, wir müssen uns darauf einrichten, daß wir bei solchen Entschiedenheitskämpfen unseren Augen getrauen werden. Dies gilt nicht nur im Reich, sondern auch in den einzelnen Orten und Bezirken. Dabei dürfen wir durchaus nicht vergessen, daß wir selbst mit neuen, großen Hoffnungen, mit einem Kampf, seine Vollkommenheit zu erreichen und seine vollkommene Erfüllung unter Umständen zu erreichen. Mit Rücksicht auf Zeit und Verhältnisse gibt es keine Vollkommenheit, auch in der Tarifpolitik nicht. Unsere Wünsche und Forderungen, die wir zu einem anderen Zeit erheben, und die Ziele, die wir später anstreben, werden höher gestellt sein. In diesem Urfrieden der menschlichen Natur mit den Verhältnissen liegen die stärksten Triebe des sozialen Fortschritts und der Entwicklung.

Mit unseren Bemühungen, die zentralen Tarifabschlüsse zu befestigen, um örtliche Vereinbarungen zu ermöglichen, zu erreichen, muß natürlich auch der zentrale Vertragsantritt befestigt werden, denn die Unternehmensebene für alle ihre Unterverbände fordern. Sie tun es natürlich nicht aus Liebe zum Vertrag oder gar aus Liebe zu unseren Kollegen, sondern nur aus tatsächlichen Gründen. Mit der Befestigung des zentralen Vertragsantritts müssen wir ertüchtigt und legitimiert mit allen Machtmitteln der Organisation die Vertragsfreiheit in den einzelnen Lohngebieten fordern. Mit der ausdrücklichen Freigabe der örtlichen Vertragsparteien, eine Vereinbarung zu treffen oder nicht, wird erst die gesunde und feste Grundlage eines Reichstarifs geschaffen. Dann ist auch der Mittel- und sozialer Kampf ein bedeutend leichter zu bewerkstelligen. Denn die Freiheit der örtlichen Vertragsparteien vor Vereinsamung, ist materiell und ideell immer zu befeuern bereit bei beiden Parteien aus und auch nach der bestimmten Zeit mit der Entwicklung der Organisationskräfte am Let oder Bezirk den stärksten moralischen Zwang zur Vertragsabschließung. Sind sich außerdem die Vertragsparteien in einem Lohngebiete einig, durch einen Vertragsspruch die Sache erledigen zu lassen; gut, dagegen ist es falls nicht einzuwenden. Aber alle diese Entscheidungen gelten nur für die Orte und Gebiete, wo die Parteien in mittelbarem Kontakt stehen und daher für die Welt materiell auch die Vertragsabschließung tragen müssen. Diejenigen Aufbau des Reichstarifs sind natürlich für die Organisationskräfte eine große Anzahl Schwierigkeiten die einlinnige Aktionen und Konflikte auslösen, befehen. Dann hört selbstverständlich die irdische Homodie, die heute bei den örtlichen Verhandlungen zur Regel geworden ist, von selbst auf. Dann heißt es: Entweder vernünftige Tarifarbeit oder Handlungsfreiheit. In dieser Freiheit liegt für beide Vertragsparteien ein so starker Zwang zum vernünftigen Handeln, daß der zentralen Tarifvertrag, daß wir bald bessere Resultate bekommen werden. Unsere Organisationsregeln und unter in der Organisation geltenden Rechte, die aus den praktischen Lebensbedingungen und den Umständen selbstgeleitet sind, bleiben dann unangeführt. Mit der Entwicklung werden außerdem schlagende Organisationskräfte gewahrt, die belächelt, angetan und damit einherlaufend für die Organisationsglieder und damit auch für die ganze Organisation wirken müssen. Die Fragen der materiellen Lebensbedingungen, die in den Organisations- und auch im Einzelmenschen die stärksten Triebe und stärksten Entwicklung bringen, sind wieder frei gemacht um überleben der Organisation neue Aufgaben.

Mit dem aufgestellten Grundgesetz, die Lohngebieteverträge zum Ausgangspunkt für den Reichstarif zu machen, werden die praktischen Lebensbedingungen und den Umständen selbstgeleitet sind, bleiben dann unangeführt. Mit der Entwicklung werden außerdem schlagende Organisationskräfte gewahrt, die belächelt, angetan und damit einherlaufend für die Organisationsglieder und damit auch für die ganze Organisation wirken müssen. Die Fragen der materiellen Lebensbedingungen, die in den Organisations- und auch im Einzelmenschen die stärksten Triebe und stärksten Entwicklung bringen, sind wieder frei gemacht um überleben der Organisation neue Aufgaben.

lungen ganz persönliches Erleben jedes einzelnen Kollegen werden.

Das ist der Kernpunkt der ganzen Frage. Es muß in jeder Hinsicht werden, daß sich die Kollegen gegen einander... Das ist unsere Bewegung, das haben wir gemacht, aber... Die Organisation der Arbeiter... Die Organisation der Arbeiter... Die Organisation der Arbeiter...

Gerhard Rasthofski, Danzig.

Wenn eine Lohnsetzung wie die diesjährige abgeschlossen ist, so ist es ganz erklärlich, daß sich Stimmen in der Halle erheben werden, die mit dem Gang der Dinge nicht einverstanden sind. Denn einen sind die Kollegen zu sein, die anderen haben die Zeit für den Kampf...

ganzes Volk der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen... Die Organisation der Arbeiter... Die Organisation der Arbeiter... Die Organisation der Arbeiter...

Wie der Vorberichtsverband Agitation treibt.

Unserer Vorberichtsverband hat im vorliegenden Jahresbericht... Die Organisation der Arbeiter... Die Organisation der Arbeiter... Die Organisation der Arbeiter...

Eine Mahnung zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

In „Arbeits“ vom 14. September finden wir folgende Stelle... Die Organisation der Arbeiter... Die Organisation der Arbeiter... Die Organisation der Arbeiter...

gesetzt wurde, die Vorschläge für eine Zentralisierung... Die Organisation der Arbeiter... Die Organisation der Arbeiter... Die Organisation der Arbeiter...

Der Bericht zeigt, was wir auch schon in dem Artikel... Die Organisation der Arbeiter... Die Organisation der Arbeiter... Die Organisation der Arbeiter...

Die Abschlußprovision bei Hypotheken.

Früher, daß das Geld knapp ist und über die Hypotheken... Die Organisation der Arbeiter... Die Organisation der Arbeiter... Die Organisation der Arbeiter...

Fliesenleger.

Diesesmal. Der Streit der Fliesenleger in Westfalen... Die Organisation der Arbeiter... Die Organisation der Arbeiter... Die Organisation der Arbeiter...

Gipser und Stukkateure.

Von einem Arbeiterkollegen erhalten wir folgende Nachricht... Die Organisation der Arbeiter... Die Organisation der Arbeiter... Die Organisation der Arbeiter...

zur höchsten Instanz gelangen können, so entscheiden hierüber die Oberverwaltungsorgane endgültig. Aus diesem Grunde ist namentlich auf die Ausübung dieser Befugnisse besonderer Gewicht zu legen. Ueber die Berufung entscheidet in Sachen der Krankenversicherung das Oberverwaltungsorgan, in Sachen der Rentenversicherung das Landesverwaltungsorgan. In Sachen der Unfallversicherung entscheidet das Landesverwaltungsorgan, in Sachen der Unfallversicherung das Landesverwaltungsorgan. In Sachen der Unfallversicherung entscheidet das Landesverwaltungsorgan.

Als dritte und letzte Instanz ist dann noch das Reichsversicherungsamt vorgesehen. In Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen tritt an Stelle des Landesversicherungsamtes das Reichsversicherungsamt. Die schon erwähnt, gelangen eine Anzahl von Streitigkeiten zur bis zur höchsten Instanz. Insofern hat man die Rechtspflege vereinfacht. Dann gilt für die Unfallversicherung das Reichsversicherungsamt; dagegen für die Kranken- wie Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung das weniger günstige Revisionsverfahren. Der Expedient besteht beim Reichsversicherungsamt aus einem Vorsitzenden, einem vom Bundesrat gewählten nichtständigen, einem ständigen Mitglied, zwei hinzugezogenen Mitgliedern. Mit dem Senat des Reichsversicherungsamtes ist ein Rat der Reichsversicherungsämter in einer grundsätzlichen Angelegenheit von einer amtlich veröffentlichten Entscheidung des Reichsversicherungsamtes abzuweichen, dann ist gesetzlich ein großer Senat vorgesehen, dem dann die Sache zu überweisen ist. Dessen gehören je zwei Mitglieder der Reichs- und Landesämter an. Die Reichs- und Landesämter betragen je einen Monat. Während das Reichsversicherungsamt die Berufung von weiteren Berufungen zuläßt, ist dies bei der Berufung ausgeschlossen. Diese kann nur darauf gestützt werden, daß ein amtlich veröffentlichte Urteil auf der Nichtanwendung oder auf der unrichtigen Anwendung des bestehenden Rechts oder auf einem Verstoß wider den klaren Inhalt der Urteile beruht, wiewohl das Verfahren an wesentlichen Mängeln leidet. Beim Reichsversicherungsamt sind die Rechtsmittel schriftlich einzulegen und zu begründen. Beim Reichsversicherungsamt sind die Berufungen schriftlich einzulegen und zu begründen. Beim Reichsversicherungsamt sind die Berufungen schriftlich einzulegen und zu begründen.

Fragen der Arbeitslosenfürsorge.

Die große Arbeitslosigkeit, die jetzt schon wieder die deutsche Arbeiter bedroht, obwohl die tiefen Wunden der Wirtschaftskrise von 1908/09 noch nicht vernarbt sind, und die tiefe Angst auf eine weitere Verschärfung der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit haben erneut die mit der Arbeitslosigkeit verbundenen Fragen an die Öffentlichkeit der öffentlichen Diskussion geworfen, und der Staat hat sich nachdrücklich an der Sicherung der Arbeiter gegen die Gefahren der Arbeitslosigkeit halt zu nehmen in der breiten Öffentlichkeit. Darum bietet auch ein eben in Gent in Belgien abgehaltener Kongreß der Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erhebliches Interesse. Etwa 400 Personen, darunter die Vertreter von 23 Nationen — unter denen natürlich die preislich-deutsche nicht zu finden war — und viele Vertreter der modernen organisierten Arbeiterbewegung aus Deutschland, Frankreich, der Schweiz, aus Österreich, Belgien, Holland und Skandinavien hatten sich vom 4. bis 6. September versammelt, um die neuesten Ergebnisse und Erfahrungen hinsichtlich der Milderung der Arbeitslosigkeit und der Bekämpfung ihrer schmerzlichen Folgen auszutauschen und die Wege für die allgemeine, einheitliche Aktion zur Bekämpfung des Arbeitslosenproblems zu erörtern. Man braucht vom Standpunkt des staatsbewußten Arbeiters nicht mit allen Einzelheiten der dort gefassten Beschlüsse einzufinden zu sein. Gleichwohl muß man anerkennen — und das ist auch von dem Vertreter der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften geschehen —, daß im allgemeinen das Richtige getroffen worden ist, um eine einheitliche Aktion in allen Ländern zu ermöglichen. Von hohem Wert ist die durch die Internationale Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angeregte Weltkongresskommission und der internationale Austausch der zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geeigneten Erfahrungen, die man gegen eines der schlimmsten Uebel der kapitalistischen Produktionsweise zu beschaffen hat.

Die Arbeitsnachweisfrage. An der Spitze der Beratungsgegenstände stand die Frage des Arbeitsnachweises, die jetzt überall eine unersiegbare Situation zeigt und eigentlich nur in England, insofern eines gesetzgeberischen Aktes, genügend sicher gestell-

ist. Dabei hat, wie der Direktor der staatlichen Arbeitslosenversicherung in England ausführte, dieser englische Arbeitsnachweis bisher die Geflohenheit geübt, die Arbeitslosen auf die besetzten Betriebe aufmerksam zu machen. Im Deutschland ist die Arbeitsnachweisfrage nach dem besondern Brennen, weil hier die Unternehmer mit ihren die Festsetzung möglicher Arbeiter bezweckenden Absichten eine besondere Befähigung des Arbeitsnachweises besitzen. Die gegenwärtige Beschäftigung und Mannigfaltigkeit in der Organisation und die Wichtigkeit in der Geschäftsführung verbinden einen lebendigen Blick über die jeweilige Lage des Arbeitsmarktes, eine unverlässliche Feststellung der vorhandenen Arbeitskräfte und Arbeitsverhältnisse, einen zweckmäßigen und raschen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage, eine brauchbare Arbeitsmarktkartei und rechtzeitige vorzuziehende Maßnahmen gegen drohende Arbeitslosigkeit. Der Arbeitsnachweis soll nicht nur allein Arbeitssuchende und Arbeitssuchende zusammenführen, sondern er soll auch der Träger und Organisator einer guten Arbeitslosenkartei sein und er soll durch seine Tätigkeit den Boden für eine öffentliche Arbeitslosenversicherung vorbereiten. Wenn er das soll, dann muß er in der Lage sein, den Arbeitsmarkt fortlaufend beobachten und seine Erfahrungen in ausbreitendem Maße zu veröffentlichen zu können. Nach längerer Aussprache über diesen Gegenstand beschloß der Kongreß folgende Grundsätze für die Forderungen bezüglich des Arbeitsnachweises:

1. Systematische Organisation der öffentlichen Arbeitsnachweise mit territorialer Gliederung (Länder, Bezirke, Landes-Arbeitsnachweise) unter Berücksichtigung der beruflichen Interessen (Berufsklassen, Fachabteilungen).
2. Einheitliche Statistik in der Geschäftsführung bei der Bewertung aller modernen Berührungspunkte (Arbeitslosen, Stellenvermittlung und der Verwaltung).
3. Wichtige Inparteilichkeit bei der Stellenvermittlung und der Verwaltung.
4. Grundsätzliche Gebührenfreiheit mindestens für Arbeitssuchende.
5. Planmäßige Regelung des Arbeitsmarktes einschließlich der Arbeitsveränderungen (nach einheitlichen Grundsätzen unter Leitung der Zentrale: fortlaufende Arbeitsmarktkartei).
6. Kosten zu Lasten der Gemeinden (für Arbeitsnachweise), der Bezirke (für Arbeitsnachweise), des Staates (für die Zentral- und etwaige Subventionen).

Die Verwendung öffentlicher Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Ein noch sehr wenig erörterter Gedanke, die Arbeitslosigkeit zu vermindern, ist der die öffentlichen notwendigen Arbeiten nicht planlos zur Ausführung zu geben, sondern sie so lange hinauszuschieben, bis die allgemeine Konjunktur herabfällt und die Arbeitslosigkeit besonders drückend wird. Damit würde einmal das Heftigma der Produktion, das Arbeiter und Arbeitgeber zusammenführt, das Hochkonjunktur ferngehalten, vermindert und zugleich eine größere Arbeitsbeschäftigung für die harte Periode bewirkt. Welche Einwirkung damit auf den Arbeitsmarkt in Zukunft bewirkt werden könnte, wird sich erst im Laufe der Zeit zeigen. Aber es ist doch schon hinreichend, daß wir alljährlich für fünf bis sechs Millionen Mark öffentliche Arbeiten ausführen lassen. Wenn davon nur der zehnte Teil zu einer systematischen Arbeitsmarktkartei verwendet würde, wären das für 250 bis 300 Millionen Mark Arbeiter. Damit könnte einer ganzen Anzahl geheimer Arbeiter, namentlich denen, die zum Baugewerbe gehören, große Hilfe geleistet werden. Das würde eine weit bessere Hilfe als die sogenannten Hilfsarbeiten sein, die doch nur für ungelernete und weiserlose Arbeiter in Frage kommen. Darum verdient der folgende Gedanke die Aufmerksamkeit: Die systematische Verteilung der öffentlichen Arbeiten ist auf folgende Grundlage anzusetzen:

1. Die Verteilung der öffentlichen Arbeiten in der Zeit. Die Verwaltungsbehörden mögen bei der Vorbereitung vornehmender öffentlicher Arbeiten oder Lieferungen a) die Frage ernstlich in Erwägung ziehen, ob nicht diese Arbeiten oder Lieferungen auf die Jahre der tiefsten Konjunktur übertragen werden könnten, damit diese Lieferungen für die Jahre, in denen eine wirtschaftliche Krise im Gange ist, vorbehalten bleiben. — 2. Die Finanzlage mögen hinreichend weitgehend gestaltet sein, um den Verwaltungsbehörden zu gestatten, Reservefonds für die Ausführung von nicht dringlichen Arbeiten und Lieferungen in Krisen- oder Depressionsjahren anzulegen. — 3. In jedem Lande möge ein ständiges Amt geschaffen werden mit dem Auftrage, die Angelegenheiten konnenber

schafflicher Krisen oder Depressions zu beobachten, die Ergebnisse seiner Beobachtungen periodisch zu veröffentlichen und den Verwaltungsbehörden Gutachten zu erteilen über den geeigneten Zeitpunkt der Inangriffnahme der öffentlichen Arbeiten oder Depressionsjahre in Betracht zu fallenden Arbeiten oder Lieferungen. — 4. Die Verwaltungsbehörden mögen insbesondere folgende öffentliche Arbeiten ins Auge fassen: Erdentengung von Mooren, Reanodierung von Seiden, Forstarbeiten, Verbesserungen der Verkehrsmittel in mehr oder minder zurückgebliebenen Gegenden, sowie überhaupt Arbeiten, die geeignet sind, die Produktivkräfte und die ständige Nachfrage nach Arbeit zu vermindern, wobei diese Arbeiten für Zeiten aufzusparen wären, wo es sonst an Arbeitern manzelt.

Die Frage der Arbeitslosenversicherung

Die Frage der Arbeitslosenversicherung nimmt einen verhältnismäßig geringen Raum ein, und zwar darum, weil, wie der Generaldirektor erklärte, die Erfahrungen, die aus den einzelnen Ländern mitgeteilt worden seien, noch keine sichere Grundlage bilden für politische Vorurteile, wie die Arbeitslosenversicherung am besten zu organisieren sei. Soweit diese schon gesagt werden, daß die Arbeitslosenversicherung eine öffentlich-rechtliche sein müsse und daß sie nicht ohne Mitwirkung der Arbeiterverbände geschaffen werden könne. Eine der Hauptvorbedingungen für die Arbeitslosenversicherung sei die großzügige finanzielle Organisation des Arbeitsnachweises. Als Vertreter seiner Studien schloß er folgendes zur Annahme vor:

1. Aus den Feststellungen, die die Reichsregierung auf Grund der in Großbritannien und anderen gemachten Erfahrungen getroffen haben, darf man schließen, daß sich die Ansichten in der Richtung bewegen: 1. auf die Arbeitslosenversicherung, wenigstens für gewisse Berufe und auf eine Ergänzung der Arbeitslosenversicherung der freiwilligen Versicherung; 2. auf die Verbesserung, daß die Arbeiterverbände die Arbeit die vornehmliche Leistung der Arbeitslosenversicherung und die Finanzierung des Arbeitsnachweises die Vorbereitung der Versicherung sei; 3. auf eine Organisation, die soweit als möglich die Mitwirkung der Berufsvereine mit sich bringt. II. Nur ist man noch nicht im Klaren über das beste, dieser Versicherung zugrunde zu legende Finanzierungssystem, zumal die englischen Erfahrungen noch zu neu sind und in einer Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs gewonnen haben, die zu außerordentlich ist, als daß man sich schon jetzt über die finanziellen Mittelungen auslassen könnte.

Graf H. v. Helldorf gab dazu die Anregung, sich außerdem für die Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung als das vorzuziehende einzig Mögliche und Notwendige auszupropagieren und Staat und Gemeinde zur Unterstützung an die gewerkschaftlichen Arbeitslosenstellen zu verpflichten. Diese gewiß sehr wichtige Anregung wurde aber nicht mit in die Resolution aufgenommen, die schließlich ohne Widerspruch angenommen wurde.

Die internationalen Arbeiterbewegungen.

Dieser Punkt der Tagesordnung wurde wegen der vorliegenden Zeit in größter Eile erledigt; eine Aussprache darüber fand nicht statt. Es wurde dazu eine vorgetragene Resolution angenommen, die die Arbeiterverbände als einen Teil der Arbeitslosenfürsorge betrachtet und zur Beobachtung aller Arbeiterbewegungen, zur Pflege einer genaueren Statistik und zur internationalen Regelung der Arbeiterbewegungen ein Zusammenwirken mit der Internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiter und dem Komitee für Sozialversicherung fordert. Von diesen drei Vereinigungen soll eine Spezialkommission gebildet werden, die in der Hauptsache folgende Aufgaben zu behandeln hätte: a) die Organisation des Arbeitsnachweises, b) die Befähigungen über die Lage des Arbeitsmarktes, c) den amtlichen Auswärtserwerb im Ausland, d) die Verteilung der Arbeitslosenstatistik, e) die Bearbeitung der Arbeitslosenstatistik. Nach dieser kam die Frage der Arbeitslosenstatistik zur Sprache. Darüber wurde gar nicht gesagt, weil die Zeit fehlte. Es wurde lediglich auf die Bisherige Resolution darüber Bezug genommen, in der eine systematische periodische Zahlung der Arbeitslosen und fortlaufende Aufzeichnungen über die Arbeitslosigkeit gefordert werden, um eine zuverlässige Arbeitslosenstatistik gewinnen zu können.

Man darf sagen, daß die Arbeit der Kongresse keine Erfolgserwartung gewesen ist. Sie war beschränkt, aus den ungenügenden Erfahrungen und Kenntnissen über die Arbeitslosigkeit und ihrer Milderung den Erwartungen zur Förderung der praktischen Arbeitslosenfürsorge zu ziehen. Im allgemeinen ist ihr das gelungen. Ob allerdings das erwartete Resultat in kurzer Zeit zu erreichen ist, das ist eine andere Frage. Eine Frage, die hauptsächlich davon abhängt, daß die Arbeiter als Staatsbürger ihrer politischen Vertretung im Reich, in den Bundesstaaten und in den Gemeinden die notwendige Stärke und Unterstützung geben. Dazu sollte jede Gelegenheit ausgenutzt werden.

Erwin Barth.

